

## «Wahre Absichten verdeckt»

Im Jahr 2002 lehnte eine überwältigende Mehrheit der Schweizer Stimmbürger das Referendum gegen die Fristenlösung, sowie die Initiative «Für Mutter und Kind» ab (72,2, respektive 82 Prozent). Seither hat sich das System der Fristenlösung bewährt. Dennoch versuchen nun erneut gewisse Kreise die heute gängige und zuverlässige Praxis zu untergraben.

Es geht den Initianten nicht um die Kosten: Schwangerschaftsabbrüche machen nur ungefähr 0,2 Promille der Gesundheitskosten aus. Die Argumentation der

Initianten, damit die Kosten zu senken, ist deshalb unlauter und verdeckt deren wahre Absichten: Die Bevormundung der Betroffenen bei ihrer Entscheidung. Die von den Initianten erwähnte Studie bezüglich Folgeerkrankungen aus den USA ist in wissenschaftlichen Kreisen höchst umstritten und lässt keinesfalls Rückschlüsse auf Schweizer Verhältnisse zu.

Krankenversicherung für alle: Die obligatorische Krankenkasse ist ein solidarisches System, bei dem alle mittragen – auch wenn wir die meisten Leistungen, für die wir bezahlen, nie selber beanspruchen werden. Die Annahme der Abtreibungsfinanzierungsinitiative wäre der erste fatale Schritt zur Auflösung dieser Solidarität.

Für die Garantie einer seriösen medizinischen Behandlung und

Beratung: Wer die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Katalog der Pflichtleistungen der Grundversicherung streicht, nimmt in Kauf, dass Frauen unseriöse Billigangebote wahrnehmen und damit ihre Gesundheit gefährden. Das Beispiel einer Wiener Ärztin (diepresse.com, 11.7.2013), hat dies in aller Deutlichkeit gezeigt.

Ein System das sich bewährt hat: Kein anderes europäisches Land hat eine so niedrige Abtreibungsrate wie die Schweiz. Diese liesse sich auch mit einer Änderung der Finanzierung nicht senken. Fundierte Beratung und gesicherte Finanzen führen zu einem optimalen Entscheid bei den Betroffenen, entweder für eine Abtreibung oder das Austragen einer Schwangerschaft. Fällt die Beratung aus Spargründen weg,

wird die Abtreibungsrate eher steigen.

Lasst uns also ein Zeichen setzen und das Abstimmungsresultat von 2002 wiederholen! Stimmen wir Nein!



**Susanne Clauss**

**Susanne Clauss**, Diplomierte Hebamme BSC, ist Geschäftsführerin des Geburtshauses Luna in Biel und im Zentralvorstand des Schweizerischen Hebammenverbandes.

In dieser Rubrik erhalten Persönlichkeiten aus der Region eine Plattform: Hier können sie auf Anfrage der Redaktion pointiert Stellung nehmen; ihre Meinung braucht sich nicht mit jener der Redaktion zu decken.